Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

205 (2.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 205 | **Freitag, den 2. September 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage ist vom Reichsaußenminister dem französischen Botschafter unterbreitet worden. Durch einen französischen Vertrauensbruch erfuhr die Oeffentlichkeit davon.

*

In der Pariser Presse hat der angebliche Schritt Deutschlands eine gehässige Hetze entfesselt.

*

Die Reichsregierung behandelte die bevorstehende Notverordnung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

*

Eine für Freitag angesetzte Kundgebung der KPD. und des Kampfbundes gegen den Faschismus in Berlin ist verboten worden.

*

In Essen wurde am Donnerstag der deutsche Katholikentag feierlich eröffnet.

*

Auf einer Kundgebung der N.S.D.A.P. im Berliner Sportpalast hielt der Führer, Adolf Hitler, eine sehr bedeutsame Rede, in der er sich in grundsätzlicher Weise mit der Regierung Papen auseinandersetzte.

*

Auf dem Deutschen Katholikentag in Essen sprach im Rahmen der Begrüßungsreden der stellvertretende preußische Reichskommissar, Oberbürgermeister Bracht-Essen, über den Obrigkeitsstaat.

*

Reichskanzler von Papen hat an den Deutschen Katholikentag ein Begrüßungstelegramm gerichtet, auf das Fürst Löwenstein geantwortet hat. Reichskanzler von Papen betont in seinem Telegramm, seine Regierung wolle den christlichen Grundsätzen im deutschen Volk und Staatsleben wieder zu entscheidender Geltung verhelfen.

*

In Graz (Oesterreich) ist die Polizei einer großen Skandalaffäre auf die Spur gekommen. Es handelt sich um Massenoperationen an Männern zum Zwecke der Sterilisation.

Auftakt zum 13. Reichsfrontsoldatentag in Berlin

T.U. **Berlin**, 1. Sept. Die Reichshauptstadt ist nach fünfjähriger Pause wieder der Schauplatz des Aufmarsches des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Zum 13. Reichsfrontsoldatentag, der vom 2.—4. Sept. stattfindet, rechnet man mit dem Aufmarsch von 150 000 Stahlhelmern aus allen Teilen des Reiches. Bereits am Donnerstag trafen zahlreiche Stahlhelmer in Berlin ein. Die Mehrzahl wird am Freitag und Samstag in Sonderzügen herangeführt werden. Den offiziellen Beginn des Reichsfrontsoldatentages bildete der Presseempfang im Roten Saal des Krolltheaters am Donnerstag nachmittag, dem die beiden Bundesführer Seldte und Duesterberg, sowie der Bundeskanzler Wagner beiwohnten und zu dem mehrere Hundert Vertreter der deutschen Presse erschienen waren.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften verlangen allgemeine Lösung des Zinsproblems

T.U. **Berlin**, 1. Sept. Im „Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt", dem Organ des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen, werden an erster Stelle Ausführungen wiedergegeben, die eine allgemeine Lösung des Zinsproblems fordern. Nicht mit Unrecht werde in der öffentlichen Erörterung dieser Frage zum Ausdruck gebracht, daß eine unrentable Landwirtschaft nicht mit untragbaren Zinsen belastet werden könne. Es müsse allerdings betont werden, daß eine durchschlagende Hilfe nur von einer allgemeinen Zinssenkung erwartet werden könne und daß jeder Versuch, eine individuelle Zinssenkung durchzuführen — etwa durch Einrichtung von Schiedsstellen zwischen Gläubiger und Schuldner oder in ähnlicher Weise — zum Scheitern verurteilt sei. Eine Zurückführung der Zinssätze auf den Vorkriegsstand begegne hier, wie dies die ohne wesentliche Störungen durchgeführte Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gezeigt habe, keinen unüberwindbaren technischen Schwierigkeiten. Es gelte hier im wesentlichen, die Maßnahmen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zu wiederholen. Zunächst sei eine kräftige Senkung des Reichsbankdiskontsatzes zu fordern. Nach der allgemeinen Geldlage sei diese auch ohne weiteres möglich. In Gläubigerkreisen begegne die Absicht einer Zinssenkung vielfach Bedenken. Man könne aber annehmen, daß es gerade im wohlverstandenen Interesse der Gläubiger liege, wenn dem Schuldner keine höhere Zinsleistung aufgebürdet werde als er tatsächlich tragen könne.

Deutscher Schritt zur Rüstungsfrage in Paris

Paris, 1. Sept. Agence Havas berichtet: Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, hat dem französischen Außenministerium die Denkschrift über die Reorganisierung der Reichswehr übermittelt, die ihm Reichsaußenminister v. Neurath gestern im Namen der Reichsregierung übergeben hat. Die Uebergabe dieses Dokumentes, so heißt es in der Havasmeldung weiter, stelle die erste offiziöse Demarche Deutschlands dar, eine Erweiterung des Status der Reichswehr zu erreichen.

Paris, 1. Sept. Der Kabinettschef im französischen Außenministerium, Alphand, hat sich nach Cherbourg begeben, um dem Ministerpräsidenten die deutsche Note, in dem der deutsche Rüstungsstandpunkt dargelegt wird, zu überreichen. Nachdem Herriot Einblick in das Schriftstück genommen hatte, soll er — wie „Echo de Paris" meldet — zu seiner näheren Umgebung gesagt haben: „Diese Erklärung überrascht uns nicht. Sie war angekündigt worden, und wir erwarteten sie. Bis ich dazu Stellung nehme, will ich zuerst den vollständigen Wortlaut der Note lesen. Aber auch dann wird es noch verfrüht sein, eine Meinung zu äußern. Denn diese Note muß den Ministern unterbreitet werden und zum Gegenstand von Besprechungen mit den interessierten Regierungen gemacht werden."

•

Die Aufnahme in der Auslandspresse

Französische Blätter zu Deutschlands Forderung nach gleicher Sicherheit

Paris, 1 Sept. Der deutsche Schritt in Paris und die Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher, dessen Interview in einer italienischen Zeitung besonderes Aufsehen erregt, werden von der Presse lebhaft kommentiert. Der Ton der Blätter ist von großer Schärfe und nimmt bisweilen **drohende Formen** an. Jedes Maß verliert „Ere Nouvelle", das Blatt, in dem Ministerpräsident Herriot zu Wort zu kommen pflegt. Es stellt an den Beginn seiner äußerst gehässigen Ausführungen die Frage, ob Minister von Schleicher den Versailler Vertrag beerdigen wolle, und meint dann u. a., es sei klar, daß man im Versailler Vertrag die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen diejenigen habe ergreifen wollen, die nicht gezögert hätten, den Krieg vorzubereiten. „Homme libre" fordert den Zusammenschluß aller Franzosen um Herriot, um der Welt klarzumachen, daß Frankreichs nichts weiter wolle als den Frieden und seine Sicherheit. „Quotidien" fordert ebenfalls ein einmütiges, entschlossenes Nein und die Sammlung der Franzosen um den französischen Ministerpräsidenten. Deutschland beschuldige Frankreich, nicht abgerüstet zu haben. Frankreich könne erwidern, daß Deutschland heimlich aufgerüstet (!) habe. Auch „Journee industrielle", das sich nicht scheut, das Gespenst eines Krieges an die Wand zu malen, verlangt von Herriot eine eindeutige Stellungnahme. „L'Ordre" erklärt, General von Schleicher gehe von Drohung zu Handlungen über. Jetzt, wo Europa daran arbeite, die tragischen Folgen der Wirtschaftskrise wieder gutzumachen, werfe Deutschland die Maske ab. „Figaro" und „Ami du Peuple" bemühen sich, in dem Interview des Reichswehrministers in einem italienischen Blatt eine Beleidigung für Frankreich zu erblicken, die nicht unerwidert bleiben könne. Im Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" lehnt der sozialistische Abgeordnete Fontanier die deutsche Forderung insofern ab, als die Sozialisten eo ipso jede Aufrüstungsgleichheit verurteilten.

•

Der Eindruck in England

London, 1 Sept. Die großenteils aus Paris stammenden Nachrichten über den neuesten deutschen Schritt wegen der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage werden von der Presse an hervorragender Stelle wiedergegeben. Das Blatt der Arbeiterpartei, „Daily Herald", widmet der deutschen Forderung große Beachtung. Der Berliner Korrespondent des Blattes meint, der Schritt der Reichsregierung sei geeignet, die Mitglieder vieler Parteien um sich zu scharen. In einem Leitartikel führt „Daily Herald" aus, daß die deutsche Forderung durchaus dem Versailler Vertrag entspreche. Sobald die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz vorlägen, müßte Deutschlands Forderung von den Mächten mit völliger Gerechtigkeit geprüft werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich einverstanden sei oder nicht.

Der Außenpolitiker des liberalen **„News Chronicle"** schreibt, in gutunterrichteten Kreisen herrsche kein Zweifel darüber, daß die Besprechungen zwischen Sir Herbert Samuel und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot auf der Insel Guernesey den Abrüstungsfragen gegolten haben. In Paris sei schon vor zehn Tagen bekannt gewesen, daß Deutschland beabsichtige, in Paris und London Verhandlungen über diese Frage zu beginnen. Es sei also nicht unwahrscheinlich, daß die Zusammenkunft in Guernesey damit in Zusammenhang stehe.

*

Die Unterredung Neurath mit Poncet

Berlin, 1. Sept. Aus französischer Quelle sind gestern abend Nachrichten über eine Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister und dem französischen Botschafter verbreitet worden, die am Montag stattgefunden habe. In den Nachrichten heißt es weiter, es sei eine Note übergeben worden, über deren Inhalt im einzelnen noch nichts gesagt werden könne.

Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, trifft die Meldung über die **Besprechung am Montag** zu. Es war mit der Gegenseite völlige Vertraulichkeit vereinbart worden, die von deutscher Seite streng gewahrt worden ist. Durch eine Indiskretion von der anderen Seite her ist zunächst die französische Oeffentlichkeit auf die Besprechung aufmerksam gemacht worden.

Schon in Lausanne und Genf haben Besprechungen über die **Gleichberechtigungsfrage** zwischen Deutschland, Frankreich und anderen Mächten stattgefunden. Im Verlaufe dieser Besprechungen hat der Reichsaußenminister am Montag den französischen Botschafter zu sich gebeten, um eine Klärung über die Beurteilung des deutschen Anspruches auf Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage einzuleiten, wie das in Genf mit dem französischen Außenminister ausdrücklich vereinbart worden war. Minister von Neurath hat dem französischen Botschafter den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage so vertreten, wie er immer vertreten worden ist. **Um irgendwelche Mißverständnisse und Irrtümer auszuschließen, hat er dem französischen Botschafter noch eine schriftliche Zusammenfassung seiner mündlichen Darlegungen übergeben. Diese Zusammenfassung als Note oder als Memorandum zu bezeichnen, ist irreführend.** Es handelt sich nur um eine lose Aufzeichnung der behandelten Gedanken.

Ueber den Inhalt der **Darlegungen des Reichsaußenministers** wird uns von unterrichteter Seite folgende Darstellung gegeben: Die Erklärungen des Reichsaußenministers gehen aus von der Resolution, die bei der Vertagung der Abrüstungskonferenz in Genf beschlossen worden ist. Diese Resolution enthält nichts über die Frage, ob die neuen Maßnahmen über die Abrüstung auch auf Deutschland Anwendung finden sollten. Aus diesem Grunde war es für Deutschland unmöglich, diese Resolution anzunehmen: es hat sie abgelehnt. Der Reichsaußenminister hat dem französischen Botschafter gegenüber betont, daß Deutschland die Berechtigung hat, **eine Klärung über seine Gleichberechtigungsansprüche zu verlangen. Deutschland hält an dem Standpunkt fest, daß die Abrüstung der anderen nach dem Muster der deutschen Abrüstung durchgeführt werden muß. Deutschland ist für eine möglichst allgemeine radikale Abrüstung.** Diese Abrüstung könnte aber nur nach denselben Grundsätzen für alle Staaten durchgeführt werden. Die Maßnahmen, die in Deutschland ergriffen werden müßten, richten sich, wie der Reichswehrminister wiederholt dargelegt hat, nach der Art und dem Umfange der allgemeinen Abrüstung. Einzelheiten sind noch nicht durchgesprochen worden. Die zehn Punkte, wie sie vom Journal aufgestellt und von einer Berliner Mittagszeitung wiedergegeben wurden, sind nicht erörtert worden. Es ist nur über den allgemeinen Grundsatz gesprochen worden, den wir Deutschen in der Formel zusammenfassen: Was den anderen erlaubt ist, muß auch Deutschland erlaubt sein.

*

Pariser Kabinettsrat zusammengetreten

T.U. **Paris**, 1. Sept. Der Pariser Kabinettsrat ist um 17 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot zusammengetreten. Herriot hat den deutschen Schritt in der Frage der Gleichberechtigung Pressevertretern gegenüber als „außerordentlich wichtig" bezeichnet, im übrigen jedoch jede Erklärung abgelehnt. In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß der Wortlaut überhaupt nicht veröffentlicht werden soll und daß auch nach Abschluß des Kabinettsrates keine Mitteilungen von Seiten der amtlichen Stellen zu erwarten seien. Der „Temps" hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß die Reichsregierung die in der Denkschrift berührten Fragen nicht in der Oeffentlichkeit zu verhandeln wünsche. Es sei nur zu erwarten, daß in Berlin selbst eine allgemeine Erklärung herausgegeben werde. Im Laufe des Vormittags hat Herriot nicht nur den britischen Geschäftsträger, sondern auch den Kriegsminister Paul Boncour empfangen, um ihn noch vor der offiziellen Sitzung mit dem Wortlaut des deutschen „Resumees" bekannt zu machen.

Die Berliner Berichterstatter der hiesigen Abendpresse geben verschiedene Gerüchte über den Inhalt wieder. So wird besonders hervorgehoben, daß die Denkschrift das Gebiet der Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft behandele, ohne zahlenmäßig festgelegte Forderungen zu stellen. Der „Intransigeant" glaubt zu wissen, daß Reichswehrminister von Schleicher und die übrigen deutschen Staatsmänner ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben hätten, im Fall einer erzielten Verständigung Frankreich in der Sicherheitsfrage entgegen zu kommen. Französische Wünsche in Bezug auf ergänzende Sicherheitsgarantien würden nach Feststellung der vollen deutschen Gleichberechtigung die beste Aufnahme finden. In der Denkschrift sei von der entmilitarisierten Rheinzone überhaupt nicht die Rede.

*

Amerika zu dem deutschen Schritt in Paris

T.U. **New-York**, 1. Sept. Obwohl die amerikanische Regierung bisher noch keine Abschrift der deutschen Denkschrift an Frankreich erhalten hat, erklärt man doch schon in hohen Regierungskreisen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den deutschen Forderungen sympathisch gegenüberstehe. Man weist auf die Rede des Präsidenten Hoover vom 11. August hin und gibt zu, daß Deutschland im Versailler Vertrag ungerecht behandelt worden sei. In diesem Zusammenhang weist man erneut darauf hin, daß die amerikanische Regierung den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet hat. Der deutsche Protest dagegen, daß die Unterzeichnermächte von Versailles bisher nicht abgerüstet haben, sei berechtigt. Allerdings würde es die amerikanische Regierung lieber sehen, wenn die Unterzeichnermächte auf den deutschen Stand abrüsten würden, als daß Deutschland aufrüstet. In Regierungskreisen lehnt man es ab, sich über die deutsche Drohung zu äußern, aus dem Völkerbund auszutreten und der Abrüstungskonferenz fernzubleiben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

England hält sich von der Erörterung der Gleichberechtigungsfrage vorläufig zurück.

T.U. **London,** 1. Sept. In zuständigen englischen Kreisen wird erklärt, daß die englische Regierung sowohl von französischer wie von deutscher Seite über die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen bezüglich der Rüstungsgleichheit auf dem Laufenden gehalten worden ist. England habe an den Vorgängen ein starkes Interesse: Zurzeit nehme es aber keinen tätigen Anteil an den Erörterungen. England werde sich aber zu gegebener Zeit an der Erörterung einer Frage beteiligen müssen, die von allgemeinem Interesse und allgemeiner Wichtigkeit sei.

Gleiches Recht für alle!

Die Kirchen zur Abrüstungsfrage

Genf, 1. Sept. Der Arbeitsausschuß des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen hat auf der Tagung in Genf „mit tiefer Sorge dem Gefühl bitterer Enttäuschung" Ausdruck gegeben, das über die Christenheit gekommen sei, weil **die Abrüstungskonferenz** nach sechsmonatiger Dauer **noch kein befriedigendes Ergebnis** erreicht habe. Der Ausschuß ist überzeugt, daß ein Fehlschlag dieser Konferenz nicht nur den Völkerfrieden, sondern auch den Kirchen und ihrer Arbeit furchtbaren Schaden zufügen würde. Er fordert erneut nachdrücklich Anerkennung des Grundsatzes, „daß **alle beteiligten Staaten als Staaten mit gleichen Rechten und gleichen Verantwortlichkeiten betrachtet werden sollen".**

Bilanz der Leipziger Messe

Leipzig, 1. Sept. Die Leipziger Herbstmesse 1932 stand unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den Inlandsabsatz und den Export behindern. Wenn sich trotzdem die Gesamtzahl der Aussteller auf 5422 belief, so liegt darin wohl ein Beweis für die Widerstandsfähigkeit der Messeindustrieen und für den unbeugsamen Willen der Unternehmerschaft, trotz der Ungunst der Zeiten durch die Vermittlung der Leipziger Messe die Fühlungnahme mit dem Markt zu behalten. Bisher hielt der geschäftliche Teil sich in allen Branchen, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, ziemlich ruhig, da sich die Einkäufe angesichts der vielen noch ungeklärten Fragen unserer Wirtschaftspolitik zurückhielten. Trotzdem wurden zahlreiche Aufträge erteilt, wobei vor allem die Einkäufer aus landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands stärker als sonst in Erscheinung traten, da man angesichts der guten Ernte mit einer Belebung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung rechnet.

Das Ausland — vertreten waren hauptsächlich die Länder, die den Import noch nicht in größerem Umfange erschwerten — beschränkte sich auf die Deckung des notwendigen Bedarfes. Das Interesse der inländischen und ausländischen Einkäufer wandte sich hauptsächlich dem Saisonbedarf der nächsten Monate zu, wobei billigere und mittlere Preislagen bevorzugt wurden. Gefragt waren vor allem Neuheiten. — Die Stimmung unter den Messebesuchern war weitaus besser, als man erwartet hatte, da das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung im allgemeinen günstig beurteilt wird. Man erwartet von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Verminderung der Zahl der Arbeitslosen und ein allmähliches Ansteigen der Kaufkraft innerhalb der nächsten Monate.

Der Essener Katholikentag

Essen, 1. Sept. Der erste Haupttag der Katholikenversammlung wurde mit einer feierlichen Pontifikalmesse in der Münsterkirche eingeleitet. Dann versammelten sich die einzelnen Arbeitsgruppen, um die Aussprache über die verschiedensten Themen zu eröffnen an die sich dann ein Gedankenaustausch anschloß. An der Haupttagung der katholischen Lehrer und Lehrerinnen nahmen u. a. auch der Bischof von Osnabrück, D. Berning, der Weihbischof von Köln und der frühere Reichskanzler Dr. Marx teil. Der Weihbischof von Köln überbrachte die Grüße des Kardinalerzbischofs. Frau Dr. Weinand hielt einen Vortrag über die Aufgaben der katholischen Schule in der Großstadt. Die Rednerin vertrat den Standpunkt, daß die deutschen Katholiken die weltliche Schule ebenso ablehnten, wie die liberalistische und völkische Gemeinschaftsschule, denn sie sähen in der katholischen Bekenntnisschule die beste Form für die Erziehung ihrer Kinder, und aus diesem Grunde verlangten sie für diese Schule volle Freiheit.

Ende des politischen Burgfriedens

Keine Verlängerung

Berlin, 1. Sept. Es verdient registriert zu werden, daß der politische Burgfriede am 1. September abgelaufen ist. Die Reichsregierung hat ihn nicht verlängert; eine Verlängerung war auch ursprünglich nur für den Eventualfall in Aussicht genommen, daß die innerpolitische Situation sie dringend notwendig mache. Es ist aber zweifellos eine starke Beruhigung in der Richtung zu verzeichnen, daß die politischen Terrorakte, Zusammenstöße und sonstigen Ausschreitungen bis zu einem Grade abgenommen haben, der mit dem Zustand zu Anfang des Monats August gar nicht zu vergleichen ist. Das wird in politischen Kreisen als ein Erfolg der Reichsregierung gewertet, der freilich kaum zu verzeichnen wäre, wenn mit der Tatsache des Burgfriedens nicht auch die sehr energischen Maßnahmen verbunden gewesen wären, mit denen die Regierung gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgegangen ist. Im ganzen hat der Burgfriede während des gesamten Monats August gedauert. Das Reichskabinett hatte ihn gleich nach der Wahl vom 31. Juli zunächst bis zum 10. August beschlossen, dann aber verlängert.

Die preußische Regierung wird sich wahrscheinlich am Freitag mit der Frage der Begnadigung der fünf Verurteilten von Beuthen befassen. Ohne daß der sachlichen Entscheidung vorgegriffen werden kann, die entsprechend der Rede des Reichskanzlers in Münster nach Recht und Gerechtigkeit erfolgen soll, erwartet man in politischen Kreisen, daß die innere Beruhigung und Befriedung weitere Fortschritte machen wird, wenn die Beuthener Frage geregelt worden ist. Gewiß wird die Versammlungstätigkeit nach dem Fortfall der einengenden Bestimmungen auch im ganzen wieder lebhafter werden. Die Parteien haben aber selbst ein Interesse daran, sie innerhalb eines sachlichen Rahmens abzuwickeln, damit die Reichsregierung nicht gezwungen ist, erneut zu einschränkenden Bestimmungen zu greifen.

Der Gnadenbericht der Beuthener Gnadenstellen in Berlin

T.U. **Berlin,** 2. Sept. Der Gnadenbericht der Beuthener Gnadenstellen zu dem Todesurteil gegen die fünf S.A.-Leute ist, wie die „Vossische Zeitung" erfährt, in Berlin eingegangen. Zur Frage der Begnadigung hätten Mitglieder des Sondergerichts, der Oberstaatsanwalt, der Gnadenbeauftragte, Landgerichtsdirektor Lehnsdorff, und der Beuthener Anwalt Zylka Stellung genommen. Die Meinung der Beuthener Gnadenstellen neigt überwiegend zu einer Umwandlung der Todesurteile in langjährige Zuchthausstrafen. Das kommissarische Preußenkabinett werde sich in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich mit den fünf Beuthener Todesurteilen beschäftigen.

Der Dichter Leonhard Frank 50 Jahre alt.

Leonhard Frank, der bekannte Dichter und Schriftsteller, feiert am 4. September seinen 50. Geburtstag. Die ersten Erfolge errang Frank mit seinen Romanen „Die Räuberbande" und „Die Ursache", sowie der Novellensammlung „Der Mensch ist gut". Zu seinem berühmtesten Werk wurde sowohl in Buchform wie in der Dramatisierung die Heimkehrer-Tragödie „Karl und Anna".

Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten

Berlin, 1. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring wurde zwischen den Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Nationalsozialisten, wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, folgende Verlautbarung vereinbart:

Gegenüber zahlreichen Kombinationen in der deutschen Oeffentlichkeit wird bezüglich der zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum schwebenden Verhandlungen festgestellt, daß diese Verhandlungen begonnen wurden und fortgesetzt werden mit dem Ziele der Beruhigung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht, weil nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens eine erfolgreiche und eine dauernde wirtschaftliche Besserung und Beseitigung der außerpolitischen Isolierung erzielt und gesichert werden kann.

Zugabsturz von der Ems-Brücke

T.U. **Münster,** 1. Sept. Auf der Strecke zwischen Ems und Westbevern ereignete sich am Donnerstag kurz nach 18 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Der von Münster kommende Eilgüterzug Richtung Bremen—Hamburg passierte die neue Brücke über die Ems in der Nähe von Ringemann. Kaum hatten die Lokomotive, der Packwagen und zwei andere Wagen die Brücke passiert, als der folgende Wagen plötzlich aus den Schienen sprang. Er riß sich von dem Vorderwagen los und riß die drei nächsten Wagen mit sich. Der erste Wagen stürzte durch das Eisengeländer der Brücke etwa sechs Meter tief in das weite Flußbett der Ems. Die drei weiteren Wagen wurden mitgerissen und blieben am Ufer der Ems, einer der letzten der abgestürzten Wagen, an der Böschung unter der Brücke hängen. Glücklicherweise befanden sich in diesen Wagen keine Personen, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind.

Die Sonnenfinsternis auf dem nordamerikanischen Kontinent

Neuyork, 1. Sept. Millionen hatten am 31. August die Plattformen der Wolkenkratzer, die Hausdächer und Brücken besetzt, um die um 8.23 Uhr örtlicher Sommerzeit beginnende Sonnenfinsternis beobachten zu können, die in Neuyork deutlich sichtbar war. Freilich mußten sich die Neuyorker mit einer Verfinsterung von nur 95 Prozent begnügen, während die vollständige Verfinsterung nur in Neu-England beobachtet werden konnte, wohin sich bereits in den letzten Tagen mehrere Millionen mit Sonderzügen, Autos und Flugzeugen auf den Weg gemacht hatten. Hier hatten auch **52 wissenschaftliche Expeditionen** ihre Zelte aufgeschlagen und Vorbereitungen getroffen, um die Totalfinsternis im Bereiche der 100 Meilen breiten Mondschattenbahn zwischen Parent-Quebec und Fryeburg-Maine eingehend zu studieren. Die Beobachtungen sollen jedoch unter der teilweise sehr starken Bewölkung gelitten haben.

Rücktritt Walkers?

T.U. **New-York,** 1. Sept. „New-York Amerikan" gibt das Gerücht wieder, daß Bürgermeister Walker am Freitag vor der Fortsetzung seines Disziplinverfahrens dem Gouverneur Roosevelt seinen Rücktritt bekannt geben werde. Das Blatt behauptet, Walker werde bei den Bürgermeisterwahlen im November wieder kandidieren, um das Urteil über seine Amtsführung seinen Wählern zu überlassen. Die Meldung hat bisher keine Bestätigung gefunden, hat aber viel Wahrscheinlichkeit für sich, da die Möglichkeit besteht, daß Gouverneur Roosevelt andernfalls Walker seines Amtes enthebt.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 2. September.

Städt. Konzerthaus: Sommeroperette: „Die Geisha", 20—22¼.
Skala-Tonfilm-Theater: „Der Frechdachs", 7 und 9 Uhr.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).

6)

„Wir haben zwei schöne Stunden bei Weselly verlebt, erst beim Roten, dann bei den Karten. Ich hatte Glück. Zuletzt brachte Weselly noch das verruchte Roulette. Und da habe ich verloren . . . Ekelhafte Pechsträhne! Kerkhoff hat alles eingeheimst. Kannst du dir so 'was denken —" Vidor wurde lebhaft, gab sich die Mühe einer eingehenden Schilderung. „Der Mensch setzt auf Zero — Zero kommt! Er läßt den Gewinn als Einsatz stehen — Zero kommt wieder, Zero kommt so oft, wie Kerkhoff es will. Es war zum Verrücktwerden! Zuletzt setzte dieser Glückspilz auf rouge. Natürlich kam rouge. Der Teufel hatte seine Hand im Spiel."

Vidor ging der Atem aus.

„Mit ganz kleinen Einsätzen hatte die Narretei begonnen, mit dreißigtausend Schilling Verlust habe ich geendet."

Vidor stampfte nervös mit dem Absatz auf. „Nichts zu machen, absolut nichts zu machen! Ich mußte Kerkhoff einen ungedeckten Scheck geben."

Ursula fühlte ihre Finger kühl werden, kraftlos gaben ihre Hände die des Spielers frei. Plötzlich war es heiß und stickig in dem kleine Wohnraum. Ursula riß das Fenster auf. Sie sah unten das Kabriolett Vidors stehen. Die abgeblendeten Lichter blinzelten wie müde Augen in die Nacht. Drüben rauschte monoton die Salzach.

Vidor fingerte nach seiner Zigarettendose, atmete auf, als er den Duft seiner Papyros tief in sich hineinsog.

„Warum kommst du zu mir? Was habe ich mit deinen Spielverlusten zu schaffen?" fragte Ursula mit einer merkwürdig veränderten und erstorbenen Stimme vom Fenster her. Unversehens kam bleierne Müdigkeit über sie, machte ihre Lider, Glieder und Gelenke schwer und ungefüg.

Vidor wandte sich mit einer halben Drehung nach der Sprecherin um, blies den Rauch seiner Zigarette hörbar von sich, sagte mit gewollter Oberflächlichkeit: „Ich bitte dich, mir dreißigtausend Schilling auf kurze Zeit zu borgen, sagen wir auf drei Wochen. Bis dahin bin ich wieder flott."

Ursula stieß einen kleinen Schrei aus. Unwillkürlich preßte sie im ersten Schreck beide Hände auf die Brust.

Vidor lächelte.

„Was ist dabei? Das sind nur achtzehntausend Mark nach deutschem Gelde, die dir dein Vater telegraphisch anweisen wird . . ."

In diesem Augenblick zerriß der Schleier. Das junge Weib sah zum erstenmal den Mann, den es liebte, so, wie er war: Skrupellos, kühl berechnend, egoistisch bis zur Erbarmungslosigkeit. Vidor ahnte nicht, daß er in dieser Minute aus stolzer Höhe schmählich in die Tiefe stürzte.

Ursula streckte wie in Scham und Abwehr die Arme von sich. „Ich kann dir nicht helfen . . ." Und leidenschaftlich fortfahrend: „Wende dich an deinen Freund Weselly. Er mag dir beistehen . . ."

In das Gesicht des Mannes trat ein harter, brutaler Zug. Aber das ging schnell vorüber. Unbeherrschtheit wich noch einmal liebenswürdiger Diplomatie.

„Kind, nimm doch Vernunft an! Weselly ist selber abgebrannt bis auf den letzten Groschen." Das klang beschwörend.

Ursula zog die seidene Pyjamajacke fester um die frösteln den Glieder.

„Tut mir leid, Rainer. Ich kann meinen Vater nicht anbetteln. Ich müßte ihm sagen, wozu ich das viele Geld brauche, und für den gedachten Zweck würde er mir keine einzige Mark senden."

Vidor schnippte nervös und ungeduldig die Asche von seiner Zigarette, fragte scharf: „Warum nicht?"

Pause. Dann, auf Vidors Drängen, rücksichtslose Offenbarung: „Weil mich mein Vater noch vor wenigen Stunden brieflich vor dir gewarnt hat! Er weiß, daß du ein Spieler bist und Schulden hast. Aber ich glaubte ihm nicht. Ich wußte nicht, daß ich so bald schon — —" Sie ließ den Kopf auf die Brust sinken, barg das Gesicht in den Händen.

Vidor war aufgesprungen, stand nun am Tisch, erregt mit den Fingern auf die Nußbaumplatte trommelnd. Verwünschte wieder einer, der ihm die Maske vom Gesicht riß! Und dazu der Vater Ursulas . . .

Er trat entschlossen auf das Mädchen zu.

„Du mußt und wirst versuchen, mir zu helfen. Vielleicht borgt dir ein anderer den Betrag — —" Eine fabelhafte Idee war ihm gekommen, ein Gedanke, der seiner würdig war.

Da Ursula schwieg, bohrte er weiter: „Wende dich an Kerkhoff. Ihm wird es leicht fallen — —"

Da biß er auf Granit.

„Nie!" schrie Ursula. Ihre Augen flammten. Ihr schrilles Lachen zerriß die entstandene Stille.

„Das ist gut, das sieht dir ähnlich: er soll seinen eigenen Gewinn bezahlen!"

Sie sah dem Spieler mit erloschenen Augen ins Gesicht, ihre Stimme erstarb zum Flüstern: „Mein Gott, Rainer — ich kenne dich nicht wieder . . .!"

Nun sah er ein, daß ihm alle Liebenswürdigkeit und Diplomatie nichts nützte. Wut, grenzenlose Wut packte ihn. Seine Finger krallten sich in die Schultern des Mädchens.

„Du liebst diesen Menschen! Ich weiß es nun. Kerkhoff hat dir den Kopf verdreht, gesteh es nur ein! Um seinetwillen läßt du mich fallen."

„Das ist nicht wahr!" protestierte Ursula. „Mir ist Kerkhoff nichts, das kannst du mir glauben! Daß er mich heute aus dem Wasser geholt hat, bedingt noch lange nicht meine Zuneigung . . ."

Vidor ließ sich nicht überzeugen.

„Lüge nicht!" herrschte er sie an. Der Ton seiner Stimme erstarb in einem Zischen. In seinen Augen flackerte Haß.

„So sieht deine Liebe aus! Morgen früh wird Kerkhoff den Scheck auf der Bank präsentieren und nichts erhalten. Zur selben Stunde bin ich erledigt. Du — hörst du —: er—le—digt!"

„Ich kann nicht . . ." schluckte Ursula.

Vidor wandte sich brüsk ab, ging zur Tür.

Das Mädel wollte ihm nachstürzen, tat zwei Schritte.

„Warte, Rainer — ich habe achthundert Schilling Ferien geld, das will ich dir —"

Die Tür fiel ins Schloß. Ohne ein Wort des Abschieds war Vidor gegangen. Gleich darauf zog unten der Motor an, rollte der Wagen ab, derselbe, in dem sie so oft Fahrten in die Berge bis tief hinein ins Steiermärkische unternommen hatten.

Ursula saß die halbe Nacht weinend am Tisch.

„Nun sind wir fertig miteinander . . ." Das war die Quintessenz dieses fürchterlichen Abends, der so heiter begonnen hatte.

Einem Jahr der Harmonie und des Glückes mußte diese entsetzliche zerstörende Stunde folgen. So sehr sich Ursula auch den Kopf zermarterte, sie fand keinen Ausweg aus dem Labyrinth. Wieder kam ihr der zerfetzte Brief des Vaters in den Sinn. So rasch sollte der alte Herr, der nur ihr Bestes wollte, recht behalten!

Dann die neue, jäh aufflackernde Sorge: Wird sich Rainer ein Leid antun? Ach, wie wenig kannte sie ihn doch, daß sie sich auf Grund seines Charakterbildes diese Frage nicht zu beantworten wußte! Allerdings, wenn die Zeilen des Vaters Punkt für Punkt stimmten, dann war wohl kaum zu befürchten, daß Rainer der Verzweiflung zum Opfer fallen würde . . .

Und nun hoffte Ursula, daß ihr alter Herr recht behalten möge mit seinem abfälligen Urteil. So töricht kann ein Menschenkind sein!

IV.

In rasender Fahrt war Vidor über Freilassing innerhalb einer Stunde bereits bis nach Uebersee gekommen. Er wollte nach München. Dort kannte er einen, der ihm helfen mußte. Das war der Generalvertreter der Austria-Werke für Süddeutschland. Mit dem hatte er gemeinsam die Schulbank gedrückt. Dr. Breisach war ein fleißiger und tüchtiger Mensch, der es beizeiten zu einer leitenden Stellung gebracht hatte. Außerdem kannte ihn Vidor als vermögend. Es würde ihm gewiß nicht schwer fallen, ihm die lumpigen achtzehntausend auf drei oder vier Wochen zu leihen. Schlimmstenfalls konnte er, Vidor, ihm gleich die zu erwartende Provision von Innsbruck als Garantie überschreiben. Der Auftrag mußte demnächst schon perfekt werden, dann war man wieder „flüssig"

(Fortsetzung folgt.)